

GRAPHISCHE

Nr. 47. 39. Jg

PRESSE

19. Nov. 1926

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitage. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. monatlich inkl. Zustellung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1, - Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassersstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4269.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. Druck u. Expedition:
Conrad Müller, Schöneberg-Lexip, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Obereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten. **Postverlagsort Schreuditz.**

Holt vor Stellungannahme Erkundigung ein!

Es liegt Veranlassung vor, erneut mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß jeder Kollege verpflichtet ist, vor Abschluß einer neuen Arbeitsverpflichtung bei den zuständigen Verbandsstellen Erkundigung einzuholen. Die Adressen dieser zuständigen Verbandsstellen enthält das Adressenverzeichnis der Auskunfts-erteiler, das zuletzt in Nr. 45 der „Graphischen Presse“ vom 5. November zur Veröffentlichung gekommen ist.

Wie notwendig es ist, vor Abschluß eines neuen Arbeitsverhältnisses der Pflicht der Einholung von Auskunft voll und ganz nachzukommen, zeigt jeder Tag deutlich. Ist es auch nicht Sache des verbandlichen Auskunftswesens, eine geräuschlose Lohnbewegung durchzuführen, verbleibt ihm doch, Unternehmerwillkür einen Damm zu setzen. Und die Willkür der Unternehmer schießt in Krisenzeiten auch bei uns üppig ins Kraut. Ganz abgesehen davon, daß die angeblich „hohen Löhne“ der Kollegen das Abbauziel der Unternehmer sind, wird auch sonst noch alles mögliche zu „rationalisieren“ versucht. Wie man sich im Unternehmerlager das Endergebnis dieser „Rationalisierung“ denkt, haben die Unternehmertrüge zur Beratung des neuen Tarifes für

Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Tief- und Lichtdrucker gezeigt. Bei verschlechterten Arbeitsbedingungen soll natürlich von der Gehilfenschaft mehr geleistet werden. Wie man die Mehrleistung zu erzielen hofft, dafür liegen einige recht eigenartige Aussprüche vor. Auch die Kontrolle der Arbeitsleistungen soll verstärkt in den Dienst der „guten Sache“ gestellt werden. Das alles muß notwendigerweise Reibungen mit der Gehilfenschaft im Gefolge haben; weil man auf der Gegenseite noch immer der irrigen Meinung ist, die Gehilfenschaft habe sich solchen Anordnungen ohne Widerstand zu fügen. Das ist erst kürzlich wieder drastisch zum Ausdruck gekommen als es galt, einen Streit durch Vereinbarungen zu beheben. Die Gehilfenschaft muß aber darauf bestehen, daß alle das Arbeitsverhältnis allgemein berührende Dinge durch Vereinbarungen zu regeln sind. Ehe man sich im Unternehmerlager nicht zu dieser Erkenntnis durchgerungen hat, besteht für die Gehilfenschaft der Zwang, vor Abschluß jeder neuen Arbeitsverpflichtung beim zuständigen Auskunftserteiler Erkundigung einzuholen.

Holt darum vor jeder Stellungannahme Erkundigung ein!

Die Unternehmer gegen ein Notgesetz über den Achtstundentag.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben bekanntlich ein Notgesetz gefordert, daß die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages vorsieht. Eine gerechte Forderung in einer Zeit, wo die Rationalisierung so massenhaft Arbeitskräfte freisetzt und in anderen Ländern, namentlich Amerika, praktisch gezeigt wird, wie es möglich ist, in durchorganisierten Betrieben die Arbeitszeit auf fünf Tage (40 Stunden in der Woche) zu verkürzen. Es ist ein Widersinn sondergleichen, daß auf der einen Seite durch die technische Vervollkommnung der Industrie Arbeitskräfte freigesetzt werden und damit das Millionenheer der Arbeitslosen verewigt werden soll und auf der anderen Seite eine unmenschlich lange Arbeitszeit aufrecht erhalten wird. Deshalb forderten die Spitzengewerkschaften die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages, d. h. jenes Zustandes, wie er vor der Reaktionsperiode 1923 bestand. Nichts Unmögliches also, sondern nur die Zurückveridierung des damaligen reaktionären Anschlages der Unternehmerverbände. Es war voraussehen, daß die Unternehmer sich gegen diese Forderungen der Gewerkschaften wenden würden. Die gemeinsame Kundgebung der Unternehmerverbände ist am 1. November der Öffentlichkeit übergeben worden und hat folgenden Wortlaut: „Die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmer haben sich mit einer gemeinsamen Entscheidung an die Öffentlichkeit gewendet, in der zur Hebung der Arbeitslosigkeit die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages im Wege eines Notgesetzes verlangt wird. Hierzu erklären wir, daß ein solcher Eingriff in die Produktionsgrundlagen der deutschen Wirtschaft nach der wirtschaftlichen Seite eine Verminderung der Produktionsleistung und damit letzten Endes eine Preisvertueuerung mit allen ihren verhängnisvollen Folgen nach innen und außen nach sich ziehen müßte. Vor allem aber würde dieser Schritt keine irgendwie ins Gewicht fallende Wiedereinstellung von Arbeitslosen zur Folge haben, wohl aber in seinen weiteren Auswirkungen die aufs tiefste zu beklagende jetzige Arbeitslosigkeit sicher nur noch verstärken. Die Arbeitszeit, wie sie jetzt in der deutschen Wirtschaft gehandhabt wird, ist auf gesetzlicher Grundlage im Einvernehmen mit den deutschen Arbeitnehmern so gestaltet worden, wie es den Lebensbedürfnissen der deutschen Wirtschaft zur Überwindung der aus dem Kriege, der Inflation und den weltwirtschaftlichen Veränderungen hervorgegangenen Schwierigkeiten entspricht. Die heutige, leider zu optimistisch angesehene, un-

serer Überzeugung nach noch durchaus ernste und nicht gesicherte Lage der deutschen Wirtschaft erlaubt es nicht, unsere Produktion so schweren Erschütterungen auszusetzen, wie sie die von den Gewerkschaften verlangte gesetzgeberische Maßnahme unserer festen Überzeugung nach mit sich bringen würde. Wir wenden uns daher mit größtem Ernst warnend sowohl an die Reichsregierung, wie auch an die politischen Parteien mit der dringenden Bitte, das dem gesamten Volke drohende Unheil abzuwehren.“

Diese Erklärung ist unterschrieben von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, dem Reichsverband der Industrie, vom Industrie- und Handelstag, Hansabund, Reichsverband der Bankleitungen, Zentralverband des Banken- u. Bankiergewerbes, Hauptgemeinschaft des Einzelhandels, Zentralverband des Deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Reichsverband des Handwerks, Reichsverband der Privatversicherungen, Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen und dem Reichsverband der forst- und landwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen. — Wie man sieht, eine seltene Einmütigkeit, wenn es sich gegen eine gerechte Forderung der Arbeiterklasse dreht. Nun sind allerdings sozialpolitische Gesetze selten mit Zustimmung der Unternehmer, sondern meist gegen dieselben zustande gekommen. Notwendig ist dann allerdings, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten, also die große Masse der gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten, sich einig sind. Wenn diese Einigkeit besteht, dann können die Unternehmer erklären, was sie wollen. Deshalb sorgt, daß diese Einigkeit der Schaffenden vorhanden ist.

Inzwischen hat die Reichsregierung mit Vertretern der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften Aussprache gehalten. Selbstverständlich haben die Gewerkschaften an ihrer Forderung des Achtstundentages festgehalten. Sollten die Maßnahmen der Regierung darauf hinauslaufen, das Notgesetz auf die lange Bank zu schieben, muß von den Gewerkschaften erneut kräftig angeklopft werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

In einem der vorigen Aufsätze bezeichneten wir die deutsche Wirtschaftslage als im Höhepunkt der Depression. Die letzten Daten der für die Konjunkturbetrachtung bedeutungsvollen Faktoren bestätigen die günstige Entwicklung, die seit einigen Monaten in der deutschen Wirtschaft festzustellen ist. Wir können diesen Zeitpunkt als Progression zum Aufschwung bezeichnen. Konkurs- und Geschäftsaufsichtsziffern sind in steter Abnahme begriffen. Hatte man im Januar d. J. noch annähernd 2100

Konkurse, so sank diese Ziffer bis heute um zirka 77 Proz. Dieselbe stetige Besserung gegenüber zu Beginn des Jahres zeigt der Arbeitsmarkt. Seit dem Höchststande im Februar (2,059 Mill.) hat sich diese Ziffer beständig um fast ein Drittel vermindert. (1. Oktober = 1395 333). Dabei ist jedoch nicht zu vergessen, daß die Zahl der unter Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschränkung leidenden erwerbstätigen Staatsbürger einschließlich ihrer Familienangehörigen noch immer über 8 Millionen beträgt. Eine bedeutende Produktionssteigerung haben die Rohstoffindustrien zu verzeichnen. Besonders Rohstahl und Roheisen, als Produktionsmittel betrachtet, sind seit dem Frühjahr in stetem Anstieg begriffen. So daß die konjunkturelle Auswertung dieser Produktionsziffern schon in den Anstieg des eigentlichen Aufschwunges gelegt werden kann. Auch die verarbeitende Industrie hat zwar eine etwas bessere Beschäftigung zu verzeichnen, doch ist z. B. der Maschinenbau auch heute noch mit nur 45 Proz. seiner Kapazität beschäftigt. Neukonstruktionen, Aus- und Umbau lasten immer noch auf den Betrieben. Während die Rohstoff- und Großindustrie längst die amerikanische Richtung eingeschlagen haben, quält sich die deutsche Fertigungsindustrie, amerikanische Betriebsverhältnisse unserem viel geringeren Absätze anzupassen um konkurrenzfähig zu sein. Die amerikanische Industrie zeigt in den letzten 15 Jahren wachsende Konzentration. Die amerikanische Produktion und der Anteil Amerikas an der Weltwirtschaft sind in rasendem Wachstum begriffen. Die Ausfuhr dieses Landes erreichte einen Wert von 450 Millionen Dollar im September und übersteigt damit die Exportziffern des August d. J. und des September v. J., die 386 Millionen Dollar bzw. 420 Millionen Dollar betragen.

Die Erkenntnis dieser Gefahr für unsere Industrie und damit für die Beschäftigungsaussichten unserer Arbeiterschaft läßt sich auf die Dauer nicht durch Zollschranken oder Herabdrücken der Gesteungskosten durch niedrige Löhne bei erhöhter Arbeitsintensivität bannen. Denn schließlich ist der Arbeiter auch Konsument und das schönste Abzahlsystem nutzt ihm nichts, wenn er nicht über fortlaufende Mittel über seine Notdurft verfügt. Und ich glaube, nur der hohe Preis der Arbeitskraft des gelernten Arbeiters schafft die Voraussetzung zur genauesten Arbeitsausnutzung, zur Maschinisierung, die uns nun einmal Amerika unabwendbar aufzwingt. Ob diese gemauerte Entwicklung für die Menschheit ein Glück ist, ist eine Frage der Philosophie, jedenfalls läßt sie sich nicht durch Rufe „Nieder mit der Rationalisierung“ (in Deutschland) aufhalten. Typisch für die zwangsläufige Entwicklung in diesem Sinne ist die deutsche Automobilindustrie. Hervorgehoben durch den im

August 1925 eingeführten Zolltarif, der für die nächsten Jahre eine progressive Senkung der Zollsätze vorsah. Die Berichte über die diesjährige Automobilausstellung zeigen, daß das letzte Jahr gut ausgenutzt worden ist. Die Preise sind fast überall gesenkt worden und zahlreiche Neukonstruktionen sind herausgekommen. Der Preisabbau ist nicht nur durch eine allgemeine Einschränkung der Typenzahl, also durch eine aus der Konzentration hervorgerufene Verbilligung erreicht worden, sondern durch eine weitgehende Modernisierung der Fabriken. Alle leistungsfähigen Betriebe sind nunmehr zur Fließarbeit übergegangen. Diese Umstellung war nicht leicht. Man konnte nicht ohne weiteres die amerikanischen Fabrikationsmethoden auf die deutschen Verhältnisse übertragen. Der deutsche Markt ist viel weniger aufnahmefähig, und eine Tagesproduktion von hundert Automobilen scheint schon die Höchstgrenze für die heimischen Verhältnisse zu sein. Demgegenüber stehen die amerikanischen Ingenieure auf dem Standpunkt, daß sich erst bei einer Mindestzahl von 300 Stück pro Tag eine Bandfabrikation rentiert. Deshalb ist man in den deutschen Fabriken fast gar nicht zur reinen Bandfabrikation übergegangen. Man beschränkt sich vielmehr darauf, in einzelnen Fabrikationsprozessen das Band oder die Kette zu benutzen und sonst die „mechanische Fließarbeit“ anzuwenden. Man versieht z. B. das Chassis mit Holzrädern und schiebt es auf Schienen oder Rillen von einem Arbeitsplatz zum andern. Auch die Beschäftigung des einzelnen Arbeiters mußte bei uns anders organisiert werden. Man rechnet, daß ein Personenzug, eines der kompliziertesten Erzeugnisse der Maschinenindustrie, aus etwa 4000 bis 5000 Teilen besteht. Soll jeder Arbeiter, wie dies in den großen amerikanischen Betrieben der Fall ist, nur einen verhältnismäßig kleinen Arbeitsprozeß ausführen, so ist auch dafür eine Produktion nach amerikanischen Ausmaßen Vorbedingung. Um eine Anpassung an die deutschen Absatzmöglichkeiten zu erreichen, muß der einzelne mehrere Arbeiten hintereinander ausführen. Durch weitgehende Kontrollen wird dafür gesorgt, daß hierbei die in dem Produktionsplan vorgesehene Arbeitszeit innegehalten wird. Diese Maßnahmen, in Verbindung mit einer völligen Umorganisation der Konstruktionsbüros und der kaufmännischen Abteilungen hatten diesen Preisabbau zur Folge. Dieser ist so groß, daß einzelne Firmen erklären, sie könnten jetzt bereits auf jeden Zollschutz verzichten, da sie voll konkurrenzfähig gegenüber dem Auslande seien. Hand in Hand mit dieser Tatsache geht die Beseitigung der Geldnöte in der Industrie. Ist doch zwischen der Kreditanstalt für Verkehrsmittel A.-G. in Berlin und dem Deutschen Automobilhändler-Verband mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ein dreijähriger Vertrag abgeschlossen worden, wonach die Kreditanstalt als alleinige Vertragsgesellschaft des Automobilhändler-Verbandes die Einkäufe der Händler kreditiert und andererseits Teilzahlungsverkäufe an die Kunden auf die Dauer von 18 Monaten ermöglicht.

Wesentlich im Zusammenhang mit diesem Aufstieg ist, daß das Frachtgeschäft unserer Reedereien in den letzten Monaten eine offensichtliche Belebung bei steigenden Frachtraten erfahren hat. Die Linieneedereien, die mit längeren Frachtverträgen zu rechnen haben als die Trampschiffahrt, haben nur allmählich die Vorteile sich zunutze machen können, die die freien Frachtreedereien aus der starken Aufwärtsbewegung auf allen Hauptgebieten des Weltfrachtmärktes einheimischen konnten. Den Antrieb zu diesen Frachterhöhungen gaben in erster Reihe die großen Kohlenverschiffungen vom europäischen Kontinent und von den nordamerikanischen Kohlenmärkten, die der langandauernde englische Kohlenarbeiterstreik hervorrief. Durch die starke Nachfrage aus England und verschiedenen Welthäfen nach Verschiffungsraum für Kohlentransporte würde die zur Verfügung stehende Tramptonnage gänzlich in Anspruch genommen, und schließlich konnte auch die Linieneederei geeigneten Schiffsraum zur Verfügung stellen. Gerade in der letzten Zeit war noch zu beobachten, daß auch deutsche Großreedereien alte Frachtdampfer, die schon lange stillgelegt waren, wieder für Kohlenverschiffungen in Betrieb setzen konnten. Die Reedereien konnten dabei mit den Befrachtern langfristige Frachtverträge abschließen, die ihnen auch dann noch guten Nutzen bringen werden, wenn der englische Streik sein Ende gefunden haben wird.

Diese Verbindung des englischen Bergarbeiterstreiks mit dem Reedereigeschäft zeigt, wie Faktoren von außen her die deutsche Wirtschaft stimulieren. Wahrscheinlich würde der deutsche Bergbau noch heute unter Absatzmangel leiden und die Sonderkonjunktur, die im Kohlenbergbau entstand, griff jedenfalls nicht über den Kohlenmarkt hinaus auf andere Arbeitsgebiete über, wenn der Streik nicht schon in den siebenten Monat ginge. Andererseits kam dieser Streik allen anderen kohlenproduzierenden Ländern, auf Kosten Englands, zugute und in Deutschland hat

er den Ablauf der Depressionsperiode beschleunigt. Während er in den Vereinigten Staaten die Hochkonjunktur streckt, deren Ende schon vor Monaten prophezeit worden war. In welchem Ausmaße diese Situation auf unsere Kohlenförderung und unsere Koksproduktion Einfluß hat, zeigen folgende Ziffern. Die Gesamtförderung an oberschlesischen Kohlen ist nach vorläufigen Berechnungen im Oktober auf 1 590 000 t gegenüber 1 525 000 t im September gestiegen. Der Gesamtabatz ohne Selbstabatz und Depufat beträgt etwa 1 526 000 gegenüber 1 472 264 t im Vormonat. Hiervon entfallen auf die Provinz Oberschlesien selbst 432 000 t (397 849 t), so daß der Kohlenversand der westoberschlesischen Gruben zum erstenmal seit der Teilung Oberschlesiens mehr als eine Million Tonnen beträgt. Vorwiegend hat die Kohle im Inlande Verwendung gefunden. Der Export, der im Juli seinen Höchststand mit 262 850 t erreichte, fiel im September auf 118 972 t und dürfte im Oktober nicht mehr als 76 000 t betragen. Denselben Rekordversand zeigt der Ruhrbergbau. In der Zeit vom 17. bis 23. Oktober wurden nach vorläufigen Berechnungen im Ruhrgebiet 2 407 491 t Kohle gefördert gegen 2 381 538 t in der vorhergehenden Woche. Die Kokszeugung stellte sich auf 434 283 t gegen 424 909 t, die Preßkohlenherstellung auf 63 563 t gegen 71 488 t. Außerdem sind die gesamten Koksreserven des Ruhrgebietes von fast 2 Mill. Tonnen durch Abschlässe des Kohlensyndikates verkauft worden. Das natürlich die Arbeiterschaft an dieser Konjunktur partizipieren will, ist selbstverständlich, und so haben neuerdings im westoberschlesischen Kohlenbergbau Lohnbewegungen mit dem Ziele einer 15prozentigen Aufbesserung eingesetzt, die, wenn sie nicht bald zum Abschluß gelangen, immer schwieriger werden. Denn nach einer Reuter-Meldung ist es dem Gewerkschaftskongreß gelungen, sowohl von der Regierung wie von den Bergarbeitern Zugeständnisse zu erhalten, um durch provisorische Bezirksabkommen, aber in einem gesamtenglischen Rahmen, den Kohlenfrieden herbeiführen zu können.

Auf der anderen Seite hatten die Konjunkturgewinne des Bergbaues eine stürmische Hausse in Montanwerten zur Folge. War der Durchschnittskurs der Aktien von 74 Proz. im Januar auf 122 Proz. im September gehoben, so entwickelte sich im Oktober auf einigen Marktgebieten ein geradezu stürmisches Geschäft, das einem zum Vergleich schon an die lebhafteste Börsenbewegung in den Inflationsjahren erinnerte. Im Zusammenhange damit glaubte die Börse auch an forcierte Interessen- und Werkskäufe, die durch die erwähnten Verdienste ermöglicht worden seien. Diese verschiedenartigen Versionen gaben der Börse genügend Veranlassung, der Aufwärtsbewegung ihre Erfolgshaftigkeit nicht zu versagen. Vor allem wird die Spekulation nach wie vor bei ihren Transaktionen durch die außerordentliche Flüssigkeit des Geldmarktes unterstützt. Z. B. kostete tägliches Geld am 23. Oktober nur 3 bis 4½ Proz. gegen vorher 3 bis 5 Proz., Monatsgeld verkehrte bei mäßigem Umsatz auf 5½ bis 6½ Proz. Daß natürlich zum Ultimo die Nachfrage, besonders der kleineren Firmen, anziehend wirkt, ist schon immer so gewesen. Für diesmal galt speziell die Nachfrage dem Gelde über Ultimo, das sich auf 6 bis 7½ Proz., für erste Firmen auf 6 bis 6½ Proz. stellte. Monatsgeld 6 bis 7 Proz. ohne Geschäft. Am Privatskontomarkt wurde bei etwas größerem Angebot der Satz für lange Sichten auf 4¾ Proz., d. h. um 1/8 Proz. heraufgesetzt, während der Satz für kurze Sichten mit 4¾ Proz. unverändert blieb.

Betrachtet man nun die Perspektiven der deutschen Wirtschaft, so sind als besonders erfreuliche Anzeichen die günstigen Berichte über die Arbeitsmärkte der Konsummittelindustrie zu berücksichtigen. Nahrungs- und Genussmittelindustrie, wie die Bekleidungsindustrie, insbesondere die billigen Erzeugnisse der Damenkonfektion, finden starken Absatz. Anzeichen einer steigenden Kaufkraft der Bevölkerung liegen vor, die sowohl Wirkung wie Ursache einer Konjunkturbelebung sind. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Konjunkturempfindlichkeit des Massenkonsums und der Produktion von Konsummitteln sehr gering ist. Oberhaupt ist bei einer Zukunftsbetrachtung der deutschen Wirtschaft die größte Zurückhaltung am Platze. Denn zu viele Momente gibt es, die den freien Blick verdunkeln. Der Verlust unserer Auslandskapitalien, die Notwendigkeit starker Einfuhr und die Abtragung der Dawes-Verpflichtungen erfordern eine Steigerung der deutschen Produktion und Ausfuhr über den Vorkriegsstand hinaus. Zur Zeit fehlen jedoch hierfür noch die beiden wichtigsten Voraussetzungen: die Absatzmöglichkeiten und das Kapital. Deshalb ist es nötig, daß die großen Handelsländer sich dem gegenseitigen Warenaustausch weiter aufschließen als bisher. Aber auch hinsichtlich der Kapitalansammlung und Kapitalverwendung muß ein gewisser Ausgleich unter den leistungsfähigen Ländern angestrebt werden. Die Ansätze dazu, die sich in den letzten Monaten gezeigt haben, berechtigen zu der Hoffnung, daß man

auf diesem Wege eine Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, eine verständige Ordnung der Rohstoffmärkte und damit auch eine Förderung der weiterverarbeitenden Industrie erreichen wird. Die deutsche Wirtschaft hofft, daß die Weltwirtschaftskonferenz zu einer Beseitigung veralteter Handelshemmnisse führen wird und daß das hierzu Notwendige entschlossen und bald geschieht. Erka.

Volkswirtschaftliche Kenntnisse der Unternehmersyndizis.

Die Lohnfrage spielt naturgemäß in den Diskussionen die größte Rolle. Namentlich wird seit langem der Gedanke erwogen, ob die gegenwärtig in Deutschland herrschende Wirtschaftskrise nicht durch eine Lohnerhöhung beseitigt werden könne. Es ist bekannt, daß der beste Verfechter der Idee, einer durch den Arbeitslohn herbeigeführten Steigerung des Inlandsmarktes, Henry Ford ist. In seinen Schriften hat Ford des öfteren nachgewiesen, daß für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nichts gefährlicher ist, als eine Wirtschaftsführung, die die deutschen Unternehmer seit Jahren und Jahrzehnten anzuwenden belieben. In Amerika ist man ganz allgemein der Meinung, daß durch höhere Löhne ein größeres Absatzgebiet geschaffen werden kann. Von amerikanischen Besuchern, die nach Deutschland kommen, wird eine fühlbare Erhöhung der Löhne als Voraussetzung für eine dauernde wirtschaftliche Gesundung betrachtet. Natürlich treten die deutschen Unternehmer solchen Meinungen entschieden gegenüber. Dafür ein Beispiel aus neuester Zeit. In der Industrie- und Handels-Zeitung Nr. 221 äußert sich der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Papier verarbeitenden Industriellen, Herr Dr. Feldgen, über das Verhältnis der Löhne zu dem Absatzmarkt. Dabei kommt dieser Herr zu Anschauungen, die als typisch für diese Art Leute bezeichnet werden können. Er schreibt u. a.:

„Lohnerhöhungen werden immer, wenigstens für eine gewisse Zeit, und zwar für Deutschland so lange, bis die nachfolgenden Preiserhöhungen die Lohnerhöhungen wieder aufgehoben haben, eine Belebung des Absatzes herbeiführen. Aber gerade diese Grenze, die der vorübergehenden Konjunkturbesserung durch die anziehenden Preise gezogen ist, zeigt den Trugschluß, der darin liegt, daß von allgemeinen Lohnerhöhungen eine Hebung der Wirtschaft zu erwarten sei. Bei uns in Deutschland fehlt uns zunächst, um das einmal vorweg zu nehmen, um Lohnerhöhungen in einem Ausmaße vorzunehmen, daß diese wieder belebend auf Handel und Wandel wirken.“

Soviel Sätze, soviel Irrtümer. Der Herr Syndikus gibt zu, daß Lohnerhöhungen vorerst eine Belebung des Absatzes herbeiführen, aber dieser Absatzsteigerung ist eine Grenze gesetzt, die durch die anziehenden Preise gezogen ist. Es wird also ohne weiteres angenommen und als selbstverständlich betrachtet, daß eine Erhöhung der Löhne auch eine Erhöhung der Preise nach sich ziehen muß. Diese alte Anschauung, die seit Jahrzehnten den Spießher beherrscht, wird hier von einem Akademiker als volkswirtschaftliche Weisheit wieder neu aufgeführt. Doch hören wir diesen Unternehmervertreter weiter: „Wir sind erst in der Lage durch die Arbeitskraft der Bevölkerung unsere nicht nur, wie das sehr häufig in vollkommener Verkennung der Tatsachen gepredigt wird, der körperlichen Arbeitskraft, sondern in erster Linie die geistigen Kräfte diejenigen Mehrwerte zu schaffen, die allein eine Bezahlung der Einfuhr aus dem Auslande ermöglichen. Nur also, wenn der Arbeitslohn in seiner Gesamtheit in derjenigen Grenze bleibt, die ihm durch die eiserne Notwendigkeit im Export konkurrenzfähig zu sein, gezogen ist, kann die Wirtschaft lebensfähig bleiben und die Bevölkerung ernähren... Es ist klar, daß in den Vereinigten Staaten Lohnerhöhungen einen belebenden Einfluß auf die Wirtschaft ausüben müssen, während sie in Deutschland, wie oben gezeigt, letzten Endes vernichtend wirken können.“

Neben dem furchtbaren Deutsch, welches dieser Mann verbricht, fällt besonders die Schwäche seiner Beweisführung in die Augen. Dr. Feldgen vertritt die Ansicht, daß ein Land, welches seine Industrie und seine Bevölkerung mit Rohstoffen bzw. Nahrungsmitteln vom eigenen Boden versorgen kann, von vornherein die Möglichkeit besitzt, seinen Bürgern einen hohen Lebensstandard zu gewähren. Er zielt hier hauptsächlich auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika ab. Es dürfte auch diesem Herrn bekannt sein, daß Amerika einen großen Teil seiner Rohstoffe aus dem Auslande einführen muß, also nur bedingt als Selbstversorger in Rohstoffen zu betrachten ist. Weit besser ist demgegenüber Rußland in der eigenen Rohstoffversorgung dran. Doch bedarf es wohl keiner langen Ausführungen, daß in Rußland nur ein kleiner Teil des Volkswohlfandes im Ver-

gleich zu den Vereinigten Staaten erreicht ist; daß es noch sehr lange dauert, ehe dort die fünfjährige Arbeitswoche mit so hohen Löhnen wie in Amerika erreicht ist. Dagegen zeigen Länder, wie die Schweiz, Schweden usw. einen außerordentlich hohen Lebensstandard, obwohl die Schweiz bezüglich seiner Rohstoffversorgung fast ganz auf das Ausland angewiesen ist und Schweden ebenfalls außer Eisenerz und Holz fast alle Rohstoffe einführen muß. Die Behauptung von der Selbstversorgung mit Rohstoffen dürfte also nicht genügend beweiskräftig sein, um niedrige Löhne als eine wirtschaftliche Notwendigkeit zu betrachten.

Eine Erhöhung des Reallohnes braucht nicht unbedingt durch eine Erhöhung der Nominallöhne eingeleitet zu werden. Auch von der Preisseite her kann dies und zwar noch viel wirksamer geschehen. Doch daran denken in Deutschland die wenigsten Leute. Wohl spricht man dies in letzter Zeit öfter aus. So hat Dr. Vögler in seiner Düsseldorfer Rede eine Senkung der Preise auf allen Gebieten gefordert. Aber zwischen Worten und Taten ist eben ein sehr weiter Weg. Wenn einsichtige Wirtschaftsführer die volkswirtschaftlich notwendige Senkung der Preise, wenn auch nur in der Theorie, fordern, so gibt es andererseits, wie wir oben zeigten, auch Leute, die das Gegenteil für richtig halten. Und die letzteren dürften in Deutschland wohl in der Mehrheit sein. Auf sie treffen die Worte von Henry Ford zu: „Es gibt immer noch Arbeitgeber, die die Löhne herabsetzen wollen. Diese Leute gehören nicht ins Geschäft hinein.“

Von dem jährlichen Volkseinkommen, das in Deutschland auf rund 50 Milliarden Mark geschätzt wird, gehen nach den Worten von Prof. Hirsch zwei Drittel durch die Ladentür, d. h. der größte Teil der Produkte wird im Inland abgesetzt. Die Stärkung des Inlandsmarktes also ist das A und O jeder vernünftigen Wirtschaftsführung. In Amerika hat man die Bedeutung des Lohnproblems auf dem Gebiete der Konjunkturbelebung früh genug erkannt. Deshalb dort der hohe Lebensstandard, um den dieses Land von der ganzen Welt beneidet wird. In Europa hingegen wird der Faktor Arbeitslohn noch immer nach der oberflächlichen Produktionskostentheorie betrachtet. Der Lohn wird lediglich als Unkostenfaktor in Rechnung gestellt. Es wird wenig daran gedacht, daß der Arbeitslohn auf der anderen Seite als Konsumkraft wieder auf dem Warenmarkt erscheint, daß im Zeitalter der Massenfabrikation eine Massenkonsumkraft die unbedingte Voraussetzung des Gedeihens der Wirtschaft bedeutet. Auch ein Unternehmensindiskus müßte dies begreifen.

Daß dem nicht so ist, sieht man an Herrn Dr. Feldgen, seines Zeichens Wortführer des Arbeitgeberverbandes der Papier verarbeitenden Industriellen. Die Unternehmer in Deutschland und ihre Angestellten sehen eben in dem modernen Arbeiter nichts anderes als den Nachkommen der hörigen Landarbeiter im Mittelalter. Nur mit geringen Abweichungen stehen sie auch heute noch auf dem Standpunkt Bernhard de Mandevilles, den Karl Marx im ersten Band seines „Kapital“ zitiert: „Um die Gesellschaft glücklich und das Volk selbst in kümmerlichen Zuständen zufrieden zu machen, ist es nötig, daß die große Majorität sowohl unwissend als arm bleibt. Kenntnisse erweitern und vervielfachen unsere Wünsche, je weniger aber ein Mann wünscht, desto leichter können seine Bedürfnisse befriedigt werden.“

Ein Unterschied besteht allerdings. Bernhard de Mandeville wurde vor vielen Jahrzehnten begraben, während seine Jünger heute noch leben. Und zwar in dem Bewußtsein, die Wissenschaft des neuen Jahrhunderts zu beherrschen. Es erben sich also nicht nur Gesetze und Rechte, sondern auch hahnbüchener Unsinn wie eine ewige Krankheit fort.

Zwanzig Jahre italienischer Gewerkschaftsbund.

Die neueste Nummer der „Battaglia Sindacali“ beschäftigt sich ausschließlich mit dem 25 jährigen Jubiläum des internationalen und dem 20 jährigen des italienischen Gewerkschaftsbundes. Das Gewerkschaftsorgan ruft die Kämpfe, die ruhmreichen Erfolge und die Leiden der internationalen Arbeiterbewegung ins Gedächtnis zurück. Der italienische Gewerkschaftsbund verzeichnet drei Perioden, deren erste seit der Begründung des Bundes bis zum Ausbruch des Weltkrieges mehr die gewerkschaftliche Erziehung als die Mitgliederwerbung umfaßt. Es sind dies neun Jahre geduldiger, beständiger und oft undankbarer Arbeit.

Italien, das Land der jüngsten Einigungspolitik, stand Jahrhunderte unter ausländischer Herrschaft. Alle die Leiden, zu denen ein Volk verdammt ist, das jahrhundertlang seine wahren Gefühle verbergen muß und aller Eigenheiten beraubt ist, auf die der in Freiheit Lebende stolz sein darf, geben den fruchtbarsten Boden ab für die proletarische Unbe-

kümmertheit. Die Landwirtschaft liegt darnieder — Italien als blühendes Ackerland ist eine Legende! — und die Landbevölkerung ist elend, gichtisch und von der Malaria verseucht.

Die Industrie ist noch jung, die industrielle Organisation liegt kaum erst in den Windeln, nicht nur bei den Arbeitern, und alles das zusammen hemmt die Entwicklung einer ernsthaften gewerkschaftlichen Bewegung. Trotzdem hat der italienische Gewerkschaftsbund unter diesen Umständen, die eben so manchen entmutigt hatten, mehr getan, als nur Mitglieder zu sammeln, er hat sich damit beschäftigt, dem italienischen Proletariat eine moderne gewerkschaftliche Erziehung zu geben, und nicht ohne Erfolg.

In der zweiten Periode seines Bestehens, während des Weltkrieges, blieb der Gewerkschaftsbund geschlossen und geeinigt auf seinem Posten. Auch während des Krieges haben die Arbeiter das Bedürfnis und das Recht auf die Unterstützung des Gewerkschaftsbundes, und er unterstützte sie auch durch seine Unterstützungskommissionen wie durch seine Mobilisationskommissionen, damit den Familien der Kriegsteilnehmer das Brot nicht fehlt. Daher konnten die Arbeitgeber keinen Nutzen aus dem Kriege und der Mobilmachung ziehen. Der Arbeit des Gewerkschaftsbundes gelang es, große Arbeitermassen zu verteidigen, vor allem aber eine gemeinschaftliche Aktion für die Nachkriegszeit vorzubereiten, die das italienische Proletariat aus seiner bisherigen Bedeutungslosigkeit emporhob. Zu Beginn des Krieges war die Arbeitszeit unbegrenzt. In einigen Werkstätten betrug die normale Arbeitszeit 10 Stunden am Tage. In allen anderen wurden Überstunden erst nach 11 oder 12 Arbeitsstunden bezahlt oder existierten überhaupt nicht. Bei Ausbruch des Waffenstillstandes ist dank der Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes in allen Kriegsindustrien und einer großen Anzahl anderer die normale Arbeitszeit auf 10 Stunden festgesetzt.

Es kommt nun die dritte Periode: die der Nachkriegszeit.

Im November-Dezember 1918 errangen große Massen die Wochenarbeitszeit von 55 Stunden. Im Februar-März 1919 ist der Achtstundentag ohne Ruhetag erobert. Die Verträge, in denen diese Errungenschaften der italienischen Arbeiterklasse anerkannt wurden, werden stets zu den vollendetsten ihrer Art gehören. Der zukünftige Geschichtsschreiber der Gewerkschaftsbewegung wird zugeben müssen, daß diese Verträge zur weitestgehenden Befriedigung der Arbeiterinteressen und der Erfordernisse der Produktion abgeschlossen wurden. Jedoch in diesen letzten Jahren sind sie verletzt worden. Man kann sagen: sie sind verbrannt, aber nicht vernichtet worden. Sie sind im Gedächtnis vieler, zu vieler zurückgeblieben, und werden eines Tages wieder in ihre volle Geltung treten. (Diese Verletzung ihrer Arbeitsverträge haben die italienischen Arbeiter dem faszistischen Regime zu verdanken. D. R.)

Nach dem Achtstundentag kam das allgemeine Arbeitsreglement, die Mindestlöhne, die Urlaubsregelung, die Entschädigung im Falle der Kündigung, die bewegliche Lohnskala, der Normalvertrag für Pauschallöhne; alles dies sind Dokumente, in denen die Organisationen, die dem Gewerkschaftsbund in der Festsetzung von Arbeitsverträgen gefolgt sind, — wir wollen nicht sagen, wie sie gefolgt sind! (Gemeint sind die sogenannten faszistischen „Gewerkschaften“, die mit den diktatorischsten Gewaltmitteln die freien Gewerkschaften und Organisationen gesprengt haben. D. R.) ohne viel Mühe, die zur würdigen Verteidigung der Arbeiterinteressen geeigneten Elemente finden können.

Weiter schildern die „Battaglia Sindacali“ die in diesen letzten Jahren ertragenen Opfer und die immer beträchtlicher anwachsenden Schwierigkeiten für die Betätigung der gewerkschaftlichen Organisationen. Immerhin hält der Gewerkschaftsbund trotz dieser Umstände eine gewisse organisatorische Wirksamkeit aufrecht. Er, der im Jahre 1906 150 000 Anhänger zählte, hat seine Reihen sich in den darauffolgenden Jahren immer weiter entwickeln gesehen. Im Jahre 1919 betrug seine Mitgliederzahl 1 159 062, im Jahre 1920 schon 2 200 100, im Jahre 1921 aber 1 128 915, um im ersten Jahre des Faschismus, 1922, auf 401 054 zu sinken. In den weiteren Jahren des faszistischen Regimes ist sie, 1923 auf 212 016 und 1924 auf 201 049, heruntergegangen. Wohlverstanden — stellen diese Zahlen die der vollzahlenden Mitglieder auf Grund der Beitragsleistungen dar.

Das italienische Gewerkschaftsorgan schließt seinen Bericht, der unter dem Gesichtswinkel der in Italien herrschenden tyrannischen Zensur betrachtet werden muß, die verhindert, daß die Wahrheit ausgesprochen wird und das Gewerkschaftsblatt die verbrecherischen Maßnahmen aufzählt, mit denen der Faschismus die Existenz der freien Gewerkschaften untergraben hat, mit einem Appell an die italienischen Arbeiter.

„Der Gewerkschaftsbund steht heute im härtesten Abschnitt seines Daseins. Er kann sein zwanzigjähriges Bestehen nicht festlich begehen, er kann auch das Jubiläum der Gewerkschaftsinternationale nicht feiern, der er aus ganzem Herzen angehört. Und trotzdem ist unser Vertrauen noch nie so groß gewesen wie heute. Er hat eine Vergangenheit, die nicht zu löschen ist. Er hat eine Gegenwart, die uns Kundgebungen verwehrt, uns aber zu tiefstem Nachdenken veranlaßt. Er hat eine Zukunft. Das Lösungswort der gewerkschaftlichen Internationale ist: „Zurück zu den Organisationen! Für den Achtstundentag!“

„Wir haben die feste Überzeugung, daß der allgemeine italienische Gewerkschaftsbund dereinst wieder der Führer der Geschicke der italienischen Arbeiter sein wird. Wann, wissen wir nicht. Seien wir gewiß, daß unsere Arbeit Früchte tragen wird. Und das genügt uns“.

Dalmo Carnevali.

Robert Dißmann †.

Am 30. Oktober ist der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf dem Dampfer Columbus einem Herzschlage erlegen, von einer Amerikafahrt, die der Gewinnung der amerikanischen Metallarbeiter für die eiserne Internationale galt, zurückkehrend. Was Robert Dißmann für die Arbeiterschaft geleistet hat, wie er war und was er war, schildert der Reichstagsabgeordnete Sollmann in der „Rheinischen Zeitung“ so lebenswahr, daß es auch der Kollegenschaft zugänglich gemacht sei:

Er war mein Parteigenosse, aber nicht mein Freund. Sein Wesen, seine Politik und seine Art, den Meinungskampf auszutragen, sagten mir nicht zu. Indes rang mir eine Tugend an ihm höchsten Respekt ab: sein Fleiß. Er gehörte zu den Menschen, deren Arbeitslast auch dem Emsigen immer die Frage auflagren konnte: Tue ich selbst denn genug? Denn, Genossen und Gegner, dieser Mann hat sich buchstäblich zu Tode gearbeitet.

Er war ein Verbandsvorsitzender, ein Gewerkschaftsangelegter, kurzum ein „Bonze“. Wie oft habe ich dieses Wort gehört: In tobenden Diskussionsrednern und gestikulierenden Zwischenruffern, von denen ich nicht einem die Treue zutraute, ein ganzes langes Leben der großen aber harten Sache des Proletariats zu opfern; aus dem Munde von Literaten, von denen ich weiß, wo sie und ihre Nerven blieben, wenn sie durch Jahrzehnte die Nächte in den Eisenbahnen, die Tage in Verhandlungszimmern und die Abende in rauchigen Sälen vor immer unzufriedenen Massen zubringen sollten; von den Lippen fetter Bürger, die verlernen würden, ihre Frauen mit Pelzen und ihre Freundinnen mit Brillanten zu behängen, wenn sie mit dem Einkommen eines Gewerkschaftsführers ihr Leben gestalten sollten. Alle aber, alle wußten sie das verächtliche Wort „Bonze“.

Dieser Dißmann also war einer. Wahrscheinlich hat er das gehässige Wort öfter gehört als ich. Ob es ihn innerlich traf, wie so manches, was wir Vielbeschimpften mit der Maske des Stoikers oder dem Lächeln des Ironikers von uns schütteln — ich weiß es nicht. Aber ich freue mich jetzt, daß ich diesem „Bonzen“ jünger, als noch niemand seinen frühen Tod ahnen konnte, inmitten von Arbeitern eine Verteidigungsrede gehalten habe, die ihm nun zum Abschied am Grabe gelten soll.

Ich glaube kaum, daß ich diesen Arbeitsmenschen je anders als im Laufschrift gesehen habe. Immer hatte er zwischen zwei oder mehreren Pflichten noch eine eilige Besorgung, nicht nur für sich, sondern für andere. Ob er je einen der berühmten Klubsessel im Reichstagsfoyer benutzt hat? Ich möchte es bezweifeln. Mit Handtaschen, Reisekoffern und Denkschriften bespaßt, stürzte er morgens nach einer Früh- oder Nachtfahrt in das Reichstagsgebäude, raste in irgendeine Ausschussung, von dort ins Plenum, von da in Konferenzen, von da in sein Arbeitszimmer hoch unter der Kuppel, wo noch in der zehnten oder elften Abendstunde seine Schreibmaschine klapperte.

Ging unsereins dann endlich friedlichen Schrittes aus dem großen Gebäude, das einen tagüber festhält wie ein Gefängnis, und freute sich an dem Blick auf den abendlichen Tiergarten, dann sprang wohl in mächtigen Sätzen Robert Dißmann die Stufen zum Portal hinab. Wohin? Im Sturmschritt zur nächsten Straßebahn — die Autofahrt konnte sich der Führer des größten Gewerkschaftsbundes der Welt nicht leisten — um in irgendeinem Berliner Bahnhof einen Eilbrief höchstselbst in den Eisenbahnzug zu stecken. Oder es ging wieder zu einer nächtlichen Bahnfahrt, denn er hatte am frühen Morgen in Königsberg oder in Nürnberg oder in Düsseldorf oder an irgendeiner anderen Ecke des Reiches Konferenz oder Versammlung.

Kannte er überhaupt Sonntage? Die Nacht zum Sonntag und dann wieder zum Montag kampferte er während der Parlamentszeit jedenfalls stets im Eisenbahnabteil. Schlafwagen? Diese

kapitalistische Einrichtung verachtete er mit der Souveränität eines alten Walzbruders. Er streckte sich im Abteil zum Schlafen hin. Erster Klasse, versteht sich! Jeder, den die Freifahrt des Abgeordneten zur dummen Sünde des Neides verführt, sollte den Vorzug erhalten, in einem Jahre hundert Nächte auf der rollenden Achse eines erstklassigen D-Zug-Abteils zubringen zu müssen.

Andere gingen zur Erholung. Dißmann ging nach Amerika. Das Wie kennzeichnet ihn. In der letzten Stunde, die ihm in Bremerhaven blieb, ehe der Ozeandampfer klar machte zur Fahrt, sprach er noch in der Stadthalle zu Bremerhaven vor den Metallarbeitern. . . Und drüben in Mexiko? Dasselbe Leben wie daheim: Versammlungen, Nachtfahrten, Konferenzen, Schreibmaschine und Diktat. Auf der Heimreise gab dann sein müdes Herz das Rennen auf, und der Tod gebot dem Unermüdeten Feierabend.

Wenn im letzten Todesröcheln noch ein Gedanke klar in diesem Genossen aufblitzte, galt er bestimmt den Erwerbslosen, für die er gerade jetzt auf der Tribüne des Reichstags wieder kämpfen würde. Die da stempeln müssen an den Arbeitsnachweisen und von denen sich viele irgendetwas Dummjungen-geschwätz gegen die „Bonzen“ beifällig anhören, hätten Grund, diesem Robert Dißmann, der proletarisch blieb bis zuletzt, eine Minute der Trauer zu schenken.

Organisation und technische Bildung.

Es sind bereits 13 Jahre her, daß wir von Organisationswegen uns mit der technischen Entwicklung in unseren Berufen auf dem Stuttgarter Verbandstage beschäftigen mußten. An Hand einer Ausstellung hatte der Kollege Herbst in ausführlicher Weise die verschiedenen in Anwendung befindlichen Techniken beleuchtet. Seit dieser Zeit hat sich vieles geändert, viel Neues ist in dieser verhältnismäßig kurzen Zeitspanne aufgetaucht. Es war einer der glücklichsten Gedanken des Stuttgarter Verbandstages, innerhalb des Verbandes eine Technische Zentrale zu schaffen, die neben der Sammlung von Druckresultaten die technische Herstellung derselben überwachen und die Kollegen über neue Methoden unterrichten sollte. Schon der Kollege Herbst mußte in Stuttgart gestehen, daß es kaum einen Menschen gibt, der das Gesamtgebiet der Drucktechnik beherrscht. Darin hat sich im Laufe der Jahre nur insofern etwas geändert, daß der Kollege Herbst als Leiter der Technischen Zentrale, sich eingehend mit den ganzen technischen Neuerungen, nicht nur der Drucktechnik, sondern auch der Maschinenteknik beschäftigt hat, und deshalb die einzigste Person ist, die über, das zur Belehrung der Kollegen notwendige Wissen verfügt. Diese Tatsache gibt zu denken Anlaß. Wir müssen uns deshalb ernstlich die Frage vorlegen: können wir es verantworten, daß auf die Dauer die viele aufgewandte Mühe, die nicht unerheblichen Kosten, die dem Verband erwachsen sind dadurch, daß dem Kollegen Herbst die Zeit und die Mittel zur eingehenden Beschäftigung mit den auftretenden Neuerungen zur Verfügung gestellt wurden, mit der Person des Kollegen Herbst steht und fällt? Hier muß vorgebaut werden! Wir haben in unseren Kollegenkreisen befähigte Personen, die bisher viel Aktivität auf diesem Gebiet entwickelt haben. Einen dieser Kollegen dem Kollegen Herbst an die Seite zu stellen, dürfte meines Erachtens sehr bald erfolgen müssen.

Die Mitglieder des Verbandes können vom Verband verlangen, daß zur Belehrung in technischen Fragen geeignete Personen zur Verfügung gestellt werden. Es ist aber unbillig zu verlangen, daß diese immense Arbeit von einem Kollegen geleistet werden soll. Schon in Rücksicht, daß auch dieser einen Person einmal etwas menschliches passieren kann, und dann sofort eine Stockung eintreten muß, die unter Umständen von unseren Kollegen recht unangenehm empfunden werden muß, und evtl. das Ganze für längere Zeit in Frage stellt, muß eine Änderung Platz greifen.

Was hat nun in dieser Angelegenheit zu geschehen? Den bereits zum Kölner Verbandstag gestellten Anträgen, einen Kollegen im Verbandsvorstand ausschließlich für die technische Weiterbildung zu beschäftigen, ist auf Anraten

des Verbandsvorstandes der Verbandstag nicht beigetreten. Die Gründe, die hierfür maßgebend waren, brauchen hier nicht erst erörtert zu werden. Es muß aber die Frage erwogen werden: können wir bis zum nächsten Verbandstag mit der Regelung dieser Frage warten? Ich möchte dringend raten, durch eine rege Aussprache in der Presse, diese Angelegenheit schon vorher spruchreif zu machen, und zwar auch in Rücksicht auf die anderen vom Verband zu vertretenden Mitgliederinteressen. Zur Zeit des Kölner Verbandstages hatten wir eine gute Konjunktur. Aus alter Erfahrung haben wir damit gerechnet, daß der guten Konjunktur eine ebenso schlechte folgen kann, und haben Beitrag und Unterstützungseinrichtungen entsprechend ausgebaut. Es hat wohl niemand damit gerechnet, daß die Krise eine so lang anhaltende sein und weite Kreise der Mitglieder in Mitleidenschaft ziehen würde. Die Ausgaben, die die Verbandskasse deshalb leisten mußte, haben diese derart stark belastet, daß, wenn eine Schwächung der Gewerkschaftskasse vermieden werden soll, die Ausgaben für Einrichtungen, die neben den Unterstützungen geschaffen sind, evtl. eingeschränkt werden müssen. Die Auffassung, daß wir nicht daran denken dürfen, im Ausbau der technischen Zentrale und damit zusammenhängender Bildung der Mitglieder uns Einschränkungen aufzuerlegen, dürfte allgemein geteilt werden. Andererseits steht aber auch fest, daß eine Person hierfür auf die Dauer nicht genügt, und der Verband bei dem gegenwärtigen Beitrag, namentlich in Krisenzeiten, der Technischen Zentrale nicht die Mittel zur Verfügung stellen kann, die zur Erfüllung ihres Zweckes notwendig wären. Ich möchte deshalb den Vorschlag machen, den technischen Einrichtungen unseres Verbandes mehr Selbständigkeit zu geben, und für die Zwecke einen Teil, des entsprechend zu erhöhenden Beitrages der Technischen Zentrale als dauernde und frei verfügbare Einnahme zur Verfügung zu stellen. Für einen Beitrag von höchstens 20 Pfennigen dürfte meines Erachtens das zu leisten möglich sein, worauf die Mitglieder Anspruch erheben können.

In der gegenwärtigen Zeit, in der wir unsere Mitglieder in Rücksicht auf die hohe Zahl der ausgesteuerten Kollegen ohnehin mit teils erheblichen Beiträgen in Anspruch nehmen müssen, wird eine Erhöhung des Beitrages für die technischen Zwecke auf Widerstand stoßen. Bevor diese Frage eine genügende Klärung in der „Graphischen Presse“ erfahren hat, dürften noch einige Monate ins Land gegangen sein, und voraussichtlich auch der Zeitpunkt eintreten, daß an einen Abbau der Extrasteuer gedacht werden kann. Dann dürfte auch der geeignete Moment sein, diese Idee zu verwirklichen. ch.

Aus der Mitgliedschaft Stuttgart.

Die letzte gutbesuchte Monatsversammlung der Mitgliedschaft Stuttgart unseres Verbandes beschäftigte sich mit den Vorkommnissen in einigen Stuttgarter Kunstanstalten. War es doch nachgerade an der Zeit, daß sich die Kollegen bewußt wurde, wie rigoros und schikanös die Herren Unternehmer im besonderen mit den Verbandsfunktionären umspringen. Einige besonders krasse Fälle mögen das illustrieren.

Es liegt wohl System darin, daß der Unternehmergriff sich auf die Verbandsfunktionäre, Betriebsräte etc. konzentriert. Man rechnet so: haben wir erst die „Hetzer“ aus der Bude raus, dann werden die andern schon tanzen wie wir pfeifen. Aber hier werden die Herren die Rechnung ohne den Wirt machen. — Die Firma Schüler, Chemigraphische Anstalt, eröffnete den Reigen. Dem Vertrauensmann und Betriebsratsmitglied wurde kurzerhand und ohne Grund gekündigt. Auf Befragen, ob an seinen Leistungen etwas auszusetzen sei, wurde dies verneint und kategorisch erklärt, die Firma könne jedem kündigen, auch wenn er Vertrauensmann oder Betriebsrat sei. Als der Kollege sich sein Recht beim Gewerbegericht suchte und das Gewerbegericht anfragte, ob die Firma die Kündigung zurücknehme, gab die Geschäftsleitung die faden-scheinige Antwort, sie hätte nicht gewußt, daß der Kollege Betriebsrat sei, und wenn eben so ein „Lumpengesetz“ existierte, dann müsse man ihn behalten; doch wenn er Charakter hätte, würde er von selbst kündigen. — Die Charakterisierung des Betriebsrätegesetzes als „Lumpen-

gesetz“ ist bezeichnend und hat der Kollegen-schaft allerhand zu sagen. Der eigentliche Grund der Kündigung ist nach Aussage der Betriebsführung (die nicht nur dem gekündigten Kollegen, sondern auch unserem Verbandsvorsitzenden, der bei derselben Firma beschäftigt ist) gegenüber gemacht wurde, daß man die „Hetzer und Unruhestifter“ aus dem Betrieb heraushaben will. Hetzer und Unruhestifter ist nach Ansicht der Firma, wer kündigt, wenn er bei anderen Firmen einen höheren Lohn erhält. Das ist wohl kaum die Aufgabe der Verbands- und sonstiger Funktionäre der Arbeiterschaft, hier helfend den Unternehmern unter die Arme zu greifen.

Als die Ortsverwaltung sich in einem Schreiben an die Firma wegen einer Aussprache über die genannten Vorgänge wandte, erklärte man unserem Vorsitzenden: „Da haben Sie diesen Wisch wieder, da können sie lange warten, bis Sie von uns Antwort bekommen“. Herr Schüler ist auch noch Tarif-Kreisvertreter der Unternehmer im Chemigraphiegewerbe. Wir müssen schon fragen, wo bleibt denn da die Tarif-gewerkschaft?

Hervorheben möchten wir noch, daß in besagter Firma der ehemalige Kreisleiter unseres Verbandes, Herter, nicht unwesentliche Dienste der Firma leistet. Wir werden uns bei Gelegenheit noch extra mit dem Herrn beschäftigen.

Ein zweiter Fall betrifft die Firma Reissacher. Dort wurde kurzerhand unserem Gauleiter wegen Arbeitsmangel gekündigt. Ein paar Tage darauf leistete sich die Firma die Rigorosität und verlangte beim Arbeitsnachweis andere Kräfte für den vakanten Posten. Auf Vortelligwerden zog die Firma dann ihre Anforderung eines Offsetdruckers zurück. Aber von einem Zurücknehmen der Kündigung war nicht die Rede. Es ist das ein ganz krasser Fall willkürlicher Handlung von Seiten der Prinzipale. Nur weil der Kollege eine wichtige Funktion in unserem Verband innehatte, mußte er gehen. Ebenso gibt es einem anderen Kollegen bei der Firma Zechall, wo dem Betreffenden auch kurzerhand gekündigt wurde, weil er als Vertrauensmann und Betriebsrat der Firma nicht genehm war.

Alle diese Fälle signalisieren der Kollegen-schaft, nicht nur von Stuttgart, eine große Gefahr. Man will die ureigensten Rechte der Arbeiterklasse ad acta legen. Ob das für die Unternehmer in unserem Gewerbe ein Vorteil ist, darüber wird die Zeit urteilen.

Folgende Entschliebung fand nach ausgiebiger Diskussion einstimmige Annahme:

„Die heute im Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung des Verbandes der Lithographen und Steindruckerk billigt die Handlungsweise unserer Gesamtverwaltung und versichert, daß alle im Verband der Lithographen und Steindruckerk organisierten Kollegen mit ihrer Person für ihre Funktionäre einstehen. Sie fordern, daß die Unternehmer die tariflichen Bestimmungen genau so einhalten, wie das von den Gehilfen verlangt wird.“

Mögen die Unternehmer in Stuttgart wissen, daß der gewerkschaftliche Geist der Kollegen-schaft nicht tot ist und auch nicht durch noch so brutales Vorgehen der Unternehmer „erledigt“ werden kann.

Vom Büchertisch.

Arbeiterwohlfahrt. Verlag: Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Bezugspreis vierteljährlich 1,80 Mk.

Die neue Zeitschrift, die jetzt am 1. und 15. jeden Monats erscheint, soll das Sprachrohr der Arbeitsgemeinschaft für Volkswohlfahrt sein. Was sie will, kommt mit folgendem zum Ausdruck: „Wir wollen die Wohlfahrtspflege durchsetzen mit sozialistischem und demokratischem Geist. Wir wollen dort kämpfen, wo man uns den Eingang verwehrt oder wo man unseren Einfluß wieder zurückdrängen will. Wir wollen die sozialistische Erkenntnis in der Wohlfahrtspflege verbreitern und vertiefen, die Arbeit für das allgemeine Wohl intensiver und fruchtbarer gestalten. Die Arbeiterwohlfahrt sieht als schönstes Ziel ein Volk freier Menschen, das sein Leben selbstbewußt gestaltet, dessen Lebensbedingungen die Notwendigkeit der Fürsorge auf die unvermeidlichen Fälle von geistiger und körperlicher Hilflosigkeit beschränken. Die Arbeiterwohlfahrt will, daß Wohlfahrts- und Fürsorgearbeit von den öffentlichen Organen unter Finanzziehung aller geeigneten Volkskräfte ausgebildet wird. Wir betrachten unsere Arbeit als Pionier- und Schulungsarbeit im öffentlichen Dienst, wir streben aber bewußt einer Entwicklung entgegen, die wohl die lebendige Initiative sozial gerichteter Menschen weiter entwickelt, sich aber auch die Vorteile einer öffentlichen Organisation sichert, die allein imstande ist, alle notleidenden oder gefährdeten Glieder des Staates helfend zu erfassen.“ Wer Diener der Arbeiterwohlfahrt sein will, wird sich ihr Sprachrohr abonnieren müssen.

Farben-Ätzer

erfahrene Fertigmacher für Vierfarbendruck-Ätzungen, suchen

Adolf Klaus & Co., Leipzig, Kreuzstraße 7.

Zinkdruckplatten

Offsetplatten Zinkätzplatten

für Auto und Strich, prima Qualität

Karl Nees G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Str. 50. Fernspr. Mor. 12289

Tüchtiger

Photograph

für Strich und Auto zum baldigen Eintritt gesucht
Ludwig Grünwald, Eiberfeld.

Lith. Musterbuch

speziell Reklames., Packungen usw. zu verkaufen.
Näh. Lukas-Druckerei, Leipzig-V., Lukasstr. 3.

Fachliteratur!

Ludwig Hohlwein und sein Werk.

Herausgegeben v. Prof. H. K. Frenzel.
Ausgabe A, in Leinen gebunden mit Goldpressung inkl. Nachn. 33,50 Mk.
Ausgabe B, numeriert, signiert und in Kableder gebunden inkl. Nachnahme 82 — Mk.

Der Wertegang der Autotypie.

Preis inkl. Nachnahme 5,05 RM.

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schöckenditz-Leipzig.